Einzige zweimal täglich erscheinende Zeitung der Provinz Posen.

Donnerstag, 7. Mai 1914.

Mittag=Ausgabe.

Nr. 212. 53. Jahrgang.

Posener Tageblatt

Das Posener Tageblatt erscheint an allen Werktagen zweimal. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich in den Geschäftsstellen 3,00, in den Ausgabestellen 3,25, frei ins Haus 3,50, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches 3,50 M.

Fernspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Anzeigenpreis für eine kleine Zeile im Anzeigenteil 25 Pf., Reklamenteil 80 Pf. Stellengesuche 15 Pf. Anzeigen nehmen an die Geschäftsstellen Tiergartenstr. 6 St. Martinstr. 62 und alle Annoncenbureaus.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Ginschel.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Der Kaiser auf der Rückreise.

Wie durch Funkspruch des Kreuzers „Breslau“ mitgeteilt wurde, warfen die Yacht „Hohenzollern“ und ihre Begleitschiffe gestern nachmittag gegen 4 Uhr vor Portofino Anker, nachdem sie vorgestern Messina und Neapel und gestern Elba passiert hatten. Der Kaiser und die Kaiserin nahmen den Tee bei dem Botschafter Frhrn. Mumm v. Schwarzenstein im Kastell San Giorgio. Um 6 Uhr 15 Min. erfolgte die Weiterfahrt nach Genua.

Vor der Ankunft der Hohenzollern in Portofino wurden der Kaiser und die Kaiserin bei ihrer Fahrt durch den Golf von Santa Margherita von zahlreichen Personen in geschmückten und beflaggten Booten begrüßt. Der im Golf liegende italienische Kreuzer Quarto hißte große Flaggengala und gab den üblichen Salut ab, den die deutschen Kriegsschiffe „Breslau“ und „Goeben“ erwiderten.

Der Kaiser und die Kaiserin sind dann in Portofino an Land gegangen, begleitet von dem deutschen Botschafter von Flotow. Die Musik spielte die deutsche Hymne, die Menge begrüßte die Majestäten mit lebhaftem Hurra, die Schulkinder schwenkten kleine Fähnchen, brachten Hochs auf den Kaiser und die Kaiserin aus und riefen: Hoch Italien! Hoch Deutschland! Die Majestäten wurden durch den Botschafter a. D. Dr. Freiherrn Mumm von Schwarzenstein, dessen Gäste sie sind, durch den Unterpräfekten von Chiavari, die Spitzen der Behörden und die deutsche Kolonie empfangen; sie erwiderten die Grüße mit freundlichem Lächeln und begaben sich durch die ihren Weg in dichten Reihen umsäumende Volksmenge nach der Villa San Giorgio des Botschafters, um den Tee einzunehmen. Der Ort ist prachtvoll geschmückt, überall sieht man Fahnen, Teppiche und Blumen. Das Wetter ist sehr schön.

Die Eröffnung der „Bugra“.

Nach der Rede des Präsidenten der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914, Dr. Ludwig Volkmann, über die ebenso wie über den Beginn der Eröffnungsfeierlichkeiten schon in der letzten Morgenausgabe berichtet wurde, erklärte der Staatskommissar Kreishauptmann v. Burgsdorff auf Befehl des Königs die Ausstellung für eröffnet.

An die Eröffnungsfeier schloß sich eine Besichtigung der Ausstellung. Zunächst besichtigte der König die Halle des Deutschen Buchgewerbes, die Halle der Kultur und den italienischen Staatspavillon, alsdann die Halle „Der Kaufmann“ und den französischen Staatspavillon. Inzwischen hatten sich im akademischen Viertel in der Abteilung „Der Student“ etwa 750 Studenten auf dem Schloßplatz von „Alt=Heidelberg“ eingefunden, wo zu Ehren des hohen Gastes ein Frühschoppen stattfand. Der König wurde von den Herren Professoren Dr. Brandenburg und Dr. Uetrecht begrüßt und nahm unter den Kommilitonen Platz. Professor Dr. Brandenburg kommandierte auf den König einen Salamander. Der König freute sich sichtlich über das studentische Leben und Treiben. Nach dieser kurzen Unterbrechung im Kreise der Studenten wurden die Besichtigungen fortgesetzt. Zunächst wurde der sächsische Staatspavillon in Augenschein genommen und sodann der englische Staatspavillon. Im englischen Staatspavillon machten Mr. Wildern=Smith und im sächsischen Pavillon Geheimer Hofrat Professor Seliger die Honneurs. An die Besichtigung schloß sich um 2 Uhr nachmittags in der Weinwirtschaft der Ausstellung ein Frühstück, an welchem der König und Prinz Johann Georg, das Gefolge, die Minister und die ausländischen Kommissare sowie das Direktorium der Ausstellung teilnahmen.

Um 6 Uhr abends fand im Palais königliche Tafel statt, an der Prinz Johann Georg teilnahm. Ferner waren u. a. geladen die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Dr. Solf, sämtliche sächsischen Minister, die in Dresden beglaubigten Gesandten, das Direktorium der Ausstellung, sowie die Regierungskommissare und Vertreter der Wissenschaft.

Der Wertheim=Krach.

Am Mittwoch fand die erste Gläubigerversammlung im Konkurse Wolf Wertheim vor dem Amtsgericht Berlin=Mitte statt. Der Konkursverwalter berichtete, daß den Passiven in Höhe von etwa dreiundzwanzig Millionen Mark nur wenig mehr als einundeinhalb Millionen Aktiva gegenüberständen.

Weiterberatung des Militäretats im Reichstage.

Der Kriegsminister über Soldaten=Mißhandlungen und den Waffengebrauch des Militärs.

Deutscher Reichstag.

250. Sitzung vom Mittwoch, 6. Mai.

(Schluß; Anfang s. Donnerstag=Morgenausgabe.)

Die zweite Lesung des

Militäretats

wurde fortgesetzt.

Abg. **Rogalla v. Bieberstein** (kons.):

Die Rede des sozialdemokratischen Abg. Schulz war gestern nicht geeignet, das Ansehen des Heeres zu fördern. Er hat sich dabei mit den Reden der Kommandierenden Generale in Danzig und Frankfurt beschäftigt und gesagt, die Rede des Generals von Schenck in Frankfurt sei besonders zu kritisieren, weil dieser gewissermaßen Gast der Sozialdemokraten gewesen sei. Das ist eine kolossale Anmaßung. (Der Präsident rügte diesen Ausdruck.) Nach unserer Meinung hat das Militär die genügende Fühlung mit dem Volke. **Unter dem Schutze der Armee hat unser gesamtes Kultur- und Erwerbsleben sich in ungeahnter Weise gehoben.** (Sehr richtig!) Mit Stolz sehen wir auf die

glatte Durchführung unserer Wehrvorlage,

die zum Staunen der ganzen Welt vor sich gegangen ist. Wir erkennen die Tätigkeit des Kriegsministers auf diesem Gebiete voll und ganz an und bringen ihm unseren Dank zum Ausdruck. (Bravo!) Dieser Dank gebührt auch dem bisherigen Vertreter des Pressereferats, das ja vielleicht gestrichen wird. Die **Mißhandlungen** in der Armee **verurteilen wir genau so wie Sie** (nach links); daß sie ganz beseitigt werden können, glauben wir nicht, dafür sind die Soldaten auch nur Menschen. Wir wünschen, daß die Sparsamkeit im Etat weiter beibehalten wird. Wir freuen uns, daß der Train weiter gehoben wird. Die Einsetzung eines Etatstitels zur Förderung des Sports in der Armee begrüßen wir sehr, nur scheint uns der Betrag etwas reichlich gering.

Für die Zivilversorgung der Unteroffiziere

muß in weitestem Maße gesorgt und die Dienstprämie verzinst werden. Die Erhöhung des Beköstigungsgeldes für Mannschaften von 16 auf 19 Pfennige begrüßen wir. In bezug auf die Reservistenübungen ist dem Wunsche des Reichstages, die Saat- und Erntezeit davon freizulassen, voll Rechnung getragen worden. Wir wünschen, daß die Vergütungssätze für Vorspannleistungen, die zu niedrig sind, erhöht werden, ebenso müssen die Einkleidungssätze für Offiziere erhöht werden. Die soziale Gleichstellung des Sanitätsoffizierkorps mit den Offizieren ist nötig. Außerordentlich praktisch ist die Einrichtung eines Unterrichtskurses für Geländeritte. **Deutschland ist stets in der Lage, den vollen Bedarf an Militärpferden zu decken.** Wir haben den lebhaften Wunsch, daß in der jetzt außerordentlich verstärkten Armee die alten Traditionen aufrecht erhalten bleiben und

der Geist der Treue bis in den Tod

gegen den obersten Kriegsherrn, Vaterland und Volk immer maßgebend ist Dann werden wir die Stellung in der Welt einnehmen, die uns gebührt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Müller** (Fortschr. Vp.):

Auch wir begrüßen es, daß unsere Besorgnisse hinsichtlich der Musterungsverhältnisse unbegründet gewesen sind, die wir beim Einbringen der neuen Wehrvorlage geäußert hatten. Große Mißstände haben aber beim Musterungsgeschäft bestanden; so soll in einem Kreis die Musterung nach Religionen und Konfessionen stattgefunden haben. Wenn der Kriegsminister erklärte, daß die Fehlstellen im Offizierkorps in zwei Jahren ausgefüllt sein würden, so frage ich ihn, ob dies auch für das Sanitätsoffizierkorps gilt. Dem Dank an die Verwaltung für die prompte Durchführung der Heeresvorlage schließen wir uns an. Der größte Dank gebührt dem deutschen Volke, das die Lasten dieser Vorlage mit so seltener Opferwilligkeit auf sich genommen hat. (Sehr richtig!) Wir wünschen, daß die Regierung dem Kriegstreiben energisch entgegentritt. Zu bedauern ist, daß den Offizieren die Preßfreiheit beschränkt wird; wer kritisieren will, muß schweigen, nur diejenigen dürfen für die Presse schreiben, die immer höhere Forderungen stellen. In Verbindung mit der deutschen Turnerschaft muß der Kriegsminister die Erstarkung des Volkes anstreben. Gerade vom Standpunkt einer zielbewußten Bekämpfung der Sozialdemokratie ist der Fall Walter Stöcker zu bedauern. Es ist die größte politische Torheit, politische Märtyrer zu züchten. Graf York v. Wartenburg hat in seiner Herrenhausrede einen an Verfolgungswahn grenzenden Partikularismus verraten, der lächerlich wäre, wenn er nicht so gefährlich wäre, Diese Herren mit ihren militärischen Hintermännern arbeiten auf einen großen Verfassungskonflikt hin! Wir haben volles Recht, uns um die Behandlung der Soldaten zu kümmern, wir sind nicht nur dazu da, automatisch die Gelder zu bewilligen. Auch Herr Erzberger wird nicht leugnen können, daß die Behandlung unserer Resolution eine an Grobheit grenzende Harmlosigkeit darstellt. (Heiterkeit.) Die Beseitigung des strengen Arrestes ist eine außerordentlich dringende Forderung. Nach der Antwort der Regierung gibt es keinen Luxus in der Armee. Woher kommt sonst die Bewucherung der Offiziere? Die Antwort, daß es keine Zurücksetzung von Offizieren wegen ihrer religiösen Anschauung oder ihrer Geburt gäbe, ist geradezu eine Verhöhnung des Parlaments. Die ganze Presse ist sich darüber einig, daß die Zurückstellung der bürgerlichen Elemente im Offizierkorps das schwerste Unrecht war. Das jetzige Ehrengericht ist ein Hohn auf das moderne Recht, hier sind Reformen dringend nötig. Dasselbe gilt für das Beschwerderecht. Bedauerliche Tatsache scheint es zu sein, daß die grausamen Soldatenmißhandlungen eher zu- als abnehmen. Die preußische Militärverwaltung sollte sich den bayerischen Erlaß gegen die Mißhandlungen zum Vorbild nehmen. An der Zabernaffäre ist das Bedauerlichste, daß eine Massensuggestion einsetzte und sich ein großer Mangel an staatsbürgerlichem Selbstbewußtsein zeigte. Der Reichstag hat damals nur das klarste Recht des deutschen Bürgertums geschützt. In der neuen Verordnung über den Waffengebrauch ist die subjektive Willkür — wie im Zaberner Fall — nach dem Wortlaut ausgeschlossen. Allerdings muß diese Frage noch im Wege der Gesetzgebung geregelt werden. Da möchte ich anfragen, ob noch ein Geheimerlaß, der geheimer ist als alle anderen Geheimerlasse (Heiterkeit), für die Unterdrückung örtlicher Unruhen besteht. (Der Kriegsminister zuckt die Achseln. Heiterkeit.) Der Träger der obersten Kommandogewalt darf nicht außerhalb und über das Gesetz gestellt werden. Die jetzige Stellung des Militärkabinetts, das früher nur ein Sekretariat war, ist verfassungswidrig. Die Kernfrage ist, ob die Armee ein Teil unseres ganzen Staatslebens sein soll oder ein Staat im Saate. Die

Kluft zwischen Armee und Volk

besteht noch. (!) Unsere Aufgabe ist es, die Armee den modernen Anschauungen anzupassen, und dazu müssen zunächst die Beschlüsse des Reichstages respektiert werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Hegenscheidt** (Reichsp.):

Auch wir sprechen dem Kriegsminister Dank und Anerkennung für die großartige Durchführung der Wehrvorlage aus. Diese ganze Leistung beweist die **hervorragende finanzielle Kriegsbereitschaft** des deutschen Volkes. Bis zu einem gewissen Grade ist es auch erfreulicherweise erreicht worden, die kleineren Städte mit Garnisonen zu belegen. Man hat die **politisierenden Generale** als Kriegshetzer herunterzusetzen gesucht Ohne mich mit ihnen zu identifizieren, muß doch gesagt werden, daß

gerade diese Herren für die Aufklärung sehr viel tun.

Auch Dr. Müller=Meiningen könnte von ihnen lernen. Die Wehrvorlage bedeutet einen ganz gewaltigen Fortschritt, sie erreicht aber immer noch nicht, daß **jeder** junge Mann, der ein Recht darauf hat, seinem Vaterlande zu dienen, dieses Ziel auch wirklich erreicht. Die

Verkümmerung der allgemeinen Wehrpflicht

ist ein schweres Unrecht, da im Ernstfall an Stelle der jungen, volltauglichen Männer Reservisten, Familienväter, mit in den Krieg ziehen müssen. An dem Palladium der Kaiserlichen Kommandogewalt müssen wir festhalten. Die Disziplin ist das eiserne Rückgrat unseres Heeres. In den Soldaten muß das Gefühl der Ehre lebendig erhalten bleiben. Darum sind wir gegen alle Soldatenmißhandlungen, die erfreulicherweise immer mehr abnehmen. Für die alten Soldaten: Offiziere, Unteroffiziere, Militäranwärter und Veteranen muß kräftigst gesorgt werden. Der Kriegsminister muß sein besonderes Augenmerk unserer Jugendbewegung zuwenden; darin liegt die Zukunft unseres Volkes. (Beifall rechts.)

Abg. **Werner=Hersfeld** (Wirtsch. Vgg.):

Daß die Aushebung in einem Kreise nach Konfessionen vorgenommen worden sei, ist nicht denkbar, sie erfolgt immer nach dem Alphabet; es müßte hier ein eigenartiger Zufall obwalten. Dr. Müller=Meiningen wünscht, daß Juden in das Offizierkorps hineinkommen. Im allgemeinen werden sie wenig Lust dazu haben, da es andere Berufe gibt, die mehr einbringen. Der Kriegsminister ist überhaupt nicht in der Lage, Änderungen hierin zu treffen; das ist Sache des Offizierkorps selbst. Das Rückgrat der Armee ist unzweifelhaft das Unteroffizierkorps für dessen Angehörige besser als bisher gesorgt werden muß. Durch Schaffung gehobener Unteroffizierstellen, zum Beispiel Feldwebelleutnants, muß den Unteroffizieren die Gelegenheit gegeben werden, länger bei der Truppe zu bleiben. Bei den Heereslieferungen müssen Auswüchse im Submissionswesen energisch bekämpft werden. Auf unser Heer können wir stolz sein, es bestärkt uns in unserem Bewußtsein: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt! Oberst von Reuter hat deshalb Anerkennung gefunden, weil er wie ein echter deutscher Offizier gehandelt hat. Die Abschiedsrede des Kronprinzen an seine Danziger Husaren ist viel kritisiert worden. Wir haben für die kräftigen männlichen Worte des Kronprinzen volles Verständnis. Gegen die Werbungen der Fremdenlegion in Deutschland muß etwas geschehen. (Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Ob es mir gelingen wird, alle vorgebrachten Fragen schon heute restlos zu erledigen, will mir zweifelhaft erscheinen. Von den verschiedensten Seiten ist mir hier dringend ans Herz gelegt worden, die im Heere leider immer noch vorkommenden

Mißhandlungen Untergebener durch Vorgesetzte oder ältere Kameraden

einzudämmen. Dabei hat der Redner der sozialdemokratischen Partei gemeint, er sei begierig zu erfahren, wie ich mich zu der Erklärung des Generals v. Einem, in der dieser seinen Abscheu gegenüber den systematischen Soldatenmißhandlungen zum Ausdruck bringt, verhalten würde. Ich könnte eine solche Frage als eine schwere Beleidigung betrachten (Zustimmung rechts), denn in ihr liegt doch die Supposition verborgen, daß ich mich möglicherweise auch anders zu dieser Frage stellen und möglicherweise versuchen könnte, derartige Soldatenquälereien zu beschönigen oder zu entschuldigen.

Nicht nur in meiner Brust, sondern in derjenigen jedes, der in der Armee an irgend einer verantwortlichen Stelle steht, lebt der Abscheu gegen diese Vergehen

(Lebhafte Zustimmung), und wir alle sind bemüht, diese Vergehen soweit es in unseren Kräften steht, einzudämmen. (Wiederholter Beifall.) Eine ähnliche Verfügung, wie die meines bayerischen Kollegen, ist von allen Generalkommandos des öfteren ergangen. Sollte jemand anderer Ansicht sein, so irrt er. Der Kampf gegen systematische Mißhandlungen wird in der ganzen Armee unaufhörlich geführt, **erst am Neujahrstage hat der Kaiser den Kommandierenden Generalen in ernstester Weise wieder vor Augen geführt, wie nötig es sei, in diesem Kampfe nicht nachzulassen.** (Lebhaftes Hört! Hört!) Wenn in diesem Kampfe noch kein voller Erfolg zu verzeichnen ist, so liegt das daran, daß wir es nicht mit einer spezifisch militärischen Eigenschaft, sondern mit allgemein menschlichen Schwächen zu tun haben. Es ist also nicht richtig, die vorgesetzten Stellen allein dafür verantwortlich zu machen. Es ist auch nicht der Fall, daß in letzter Zeit sich die Fälle von Mißhandlungen gehäuft hätten. Es sind zwar einzelne besonders krasse, empörende Fälle vorge-

kommen, aber der Eindruck der Häufung beruht nur auf der Agitation, die mit jedem einzelnen Fall getrieben wird. **Wie** man dabei vorgeht, zeigt das offizielle Organ der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, der vor kurzem in einem Artikel sieben Mißhandlungsfälle von Offizieren aufführte, die sich in fünfviertel Jahren ereignet hätten. An demselben Tage erhielt ich eine Zusammenstellung, worin die Namen der **Offiziere,** die sich **als Lebensretter** betätigt haben, aufgeführt sind. Da fand ich im **1. Vierteljahr 1914: 9 Offiziere.** Diese 9 Fälle eines Vierteljahres erwähnt der Vorwärts aber nicht. Das zeigt, daß es denjenigen, die derartiges veröffentlichen, auf nichts ankommt als auf Verhetzung. (Sehr wahr! rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten). Würden sie dies veröffentlichen, dann würden ihre Leser dahinter kommen, daß es im Heer, Licht und Schatten gibt. Wir werden in den Bestrebungen, den systematischen Mißhandlungen in der Armee entgegenzuwirken, nicht nachlassen. (Bravo! rechts.) Die frühere

Vorschrift über den Waffengebrauch

auf Grund einer nahezu 100 Jahre alten Kabinettsorder hat bis vor kurzem keinen einzigen Fall gezeitigt, der zu Ausstellungen Anlaß gab. Das ist allerdings zum Teil auch Verdienst der Zivilbehörden und der Bevölkerung. Dieses Verdienst beruhte auf dem Ordnungssinn in Preußen und späterhin auf dem **Gefühl unbedingter Zusammengehörigkeit zwischen dem deutschen Volk und dem deutschen Volksheer.** (Zustimmung rechts.). Aber heutzutage genügt der Welt nicht, daß eine Bestimmung sich bewährt, sie soll allen theoretisch konstruierten Fällen angemessen sein. Ein praktischer Mangel hat sich aber bei der Vorschrift herausgestellt, ob sie auch in den Reichslanden gültig sei. Infolgedessen hat der Kaiser auf Grund des ihm ausschließlich zustehenden Rechts diese Vorschrift neu bearbeiten lassen. Die neue Vorschrift ist nichts weiter als eine Zusammenstellung allgemein anerkannter Rechtsnormen zum Zweck der Instruktion der Militärbefehlshaber, sie hat Geltung für die in Preußen und die unter preußischer Verwaltung stehenden Kontingente. Einige Bundesstaaten haben die Vorschrift so angenommen wie wir, andere haben noch ihre eigenen Zusätze zugefügt. Der erste Teil der Bestimmung enthält lediglich die Folgerungen aus den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Im zweiten Teil wird gesagt, daß ein militärisches Eingreifen nur zu erfolgen hat, — sofern nicht der Belagerungszustand besteht — auf Aufforderung der Zivilgewalt. Die Grenzen sind genau abgesteckt. **Solange die Zivilbehörden nicht versagen,** steht ihm allein die Macht zu. Es ist Sache der einzelnen Militärbefehlshaber, in jedem Einzelfalle zu entscheiden, ob die Bedingungen vorliegen oder nicht. Sie haben ihre Entschließungen vor dem König und Gesetz zu verteidigen. Sie werden ihre Entschließungen abwägen nach dem, was zum Heile und inneren Frieden nötig ist. Zum

Wehrverein

haben wir keinerlei Beziehung, wir sind für ihn nicht verantwortlich zu machen, auf ihre Unabhängigkeit sind diese Herren besonders stolz, so daß sie eine Einmischung in ihre Geschäfte ablehnen würden. Zu einer feindlichen Haltung dem Wehrverein gegenüber hatten wir keine Ursache, da sich unsere Forderungen zufällig decken. Die alten Kameraden gesellschaftlich oder kameradschaftlich zu boykottieren, hatten wir keinen Anlaß. Wer das fordert, weiß nicht, wie stark die Bande (große Heiterkeit), die uns umschließen, die Bande der Treue und Dankbarkeit für das, was die Alten für uns geleistet haben. (Beifall.) Wir sind auf dem besten Wege, in der Sparsamkeit weitere Fortschritte zu machen. Die Studiumszeit den

Sanitätsoffizieren

anzurechnen, ist leider nicht möglich, es wird ihnen aber anderweitig geholfen werden. Eine soziale Hebung der Sanitätsoffiziere ist nicht mehr möglich; wenn sie von den Kasinos fernbleiben, so liegt das an den Wünschen der Sanitätsoffiziere selbst. Die Unteroffiziere werden nach Möglichkeit eigene Stuben erhalten in den neuen Kasernen geschieht es durchweg und in den alten werden diese Stuben nach und nach durch Anbauten geschaffen werden. Dem Wunsch des Abg. Bassermann, daß das Pressereferat — besser Nachrichtensammel- und Nachrichtenverteilungsstelle — erhalten bleibe, kann ich mich nur anschließen. (Große Heiterkeit). So lange ich Kriegsminister sein werde (Zuruf bei den Sozialdemokraten: wie lange noch?) Das weiß ich nicht (Heiterkeit), so lange wird diese Stelle nicht zu Parteizwecken verwendet werden. Auch die Sozialdemokraten sollten nicht mit Hohn über die **Offizierversorgungsstelle** sprechen, es handelt sich lediglich darum, die Offiziere vor dem Fluch der Untätigkeit zu schützen. (Bravo!) Daß

polnische Rekruten

wegen ihrer Nationalität schlecht behandelt würden, ist nicht anzunehmen. Die Nachricht von der **konfessionellen Teilung** der Musterung ist gar zu **abenteuerlich.** Es ist unrichtig daß wir die Resolutionen brüsk erledigt hätten die Achtung vor dem Recht **des Parlaments** ist in der Militärverwaltung sehr lebendig. Die

Einberufung zur Kriegsakademie

erfolgt auf Grund von Arbeiten unter Chiffre. Da zeigt sich, daß in der Garde von je her der Zug zur wissenschaftlichen Ausbildung besonders ausgeprägt ist. (Heiterkeit.) Daß die Ehrengerichtsordnung ein Hohn auf die Gerechtigkeit ist, darf man nicht sagen, da es sich um eine bestehende Ordnung handelt. (Abgeordneter Ledebour ruft: „Feste druff!“ Große Heiterkeit.) **Die Sozialdemokratie sorgt** nach einer Parteiverordnung dafür, daß die jungen Leute mit Ekel und Abscheu in das Heer eintreten und **für Desorganisation des Heeres** sorgen. (Lebh. hört, hört!) Ist das kein Haß? Hierin ist auch die Erklärung für den Fall Stöcker zu suchen. Die Einjährig-Freiwilligen sollen uns die Führer bieten, und da müssen wir dafür sorgen, daß keine Agitatoren in diese Stellungen kommen. Für die Antwort auf die kurze Anfrage betr. die

Straßburger Vorkommnisse

bin allein ich verantwortlich. Die Vorwürfe bitte ich an mich zu richten. (Große Unruhe.) Unser Heer ist ein nationales Heer, das auf der Monarchie aufgebaut ist. In diesem Sinne ist es ein Volksheer. (Unruhe bei den Soz.) Sie können sich nicht wundern, wenn ich dies ausspreche, während Sie agitieren und hetzen (Lärm bei den Soz.) — natürlich außerhalb des Hauses. (Große Heiterkeit.) Auch das künftige Heer, ob die Soldaten aus sozialdemokratischen oder bürgerlichen Familien kommen, wird seine Pflicht tun, wie 1870/71. Wenn das nicht wahr wäre — verzeihen Sie mir das Wort — **kann mir die ganze Kultur gestohlen bleiben.** (Schallende Heiterkeit.) Auch unsere Söhne werden die gleiche

deutsche Mannhaftigkeit

beweisen. (Lebhaftes Bravo!) Von einem Widerstreit zwischen dem

Militärkabinett und dem Kriegsminister

habe ich nichts bemerkt. Über dem Kriegsminister steht der König von Preußen, der die bei der Errichtung des Militärkabinetts gegebenen Bestimmungen, daß an der Stellung des Kriegsministers nichts geändert werden soll unberührt gelassen hat. Eine Gefahr der Verschiebung der bestehenden Verhältnisse ist nicht zu befürchten. Das Militärkabinett arbeitet lediglich nach den Weisungen des Königs und ist den gesetzgebenden Körperschaften nicht verantwortlich. Ein Zusammenschließen des Militärkabinetts mit dem Kriegsministerium würde eine Änderung der Verfassungen im Reich und Preußen nötig machen.

Unser Heer ist der sichere Hort des Friedens nach außen und nach innen.

Es wäre Verblendung, wenn man nach allem, was in der Welt vorgeht, daran denken wollte, an diesem Grundpfeiler zu rütteln. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Haegy** (Elsässer):

Bei Spionagefällen hat sich die elsaß-lothringische Bevölkerung stets als zuverlässig erwiesen. In **Zabern** ist zu erwarten, daß Militär und Bevölkerung sich **künftig gut verstehen** werden. Die neue Verordnung über den Waffengebrauch rechtfertigt gewissermaßen das Verhalten der Zaberner Bevölkerung. (!) Die Regimentsbureaus müssen offenherziger der Lokalpresse **Auskunft geben.** Sie kommt sonst leicht in der Verdacht der Vertuschung.

General Freiherr Langermann von Erlencamp:

Für die Seelsorge der **polnischsprechenden Soldaten** ist genügend gesorgt. In welcher Sprache die Leute beichten wollen, steht ihnen frei. Wir haben ein **erstklassiges Unteroffizierkorps,** und es ist natürlich, daß in ausreichendem Maße seine Zivilversorgung sichergestellt werden muß. (Beifall.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird vertagt.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Initiativantrag Speck betr. Aufwandsentschädigungen für soldatenreiche Familien, Besoldungsnovelle. — Schluß ¼8 Uhr.

Zur Tagesgeschichte.

Das Schicksal der Besoldungsvorlage

soll sich nach einer unkontrollierbaren Nachricht der „Tägl. Rundschau“ womöglich doch noch zum Günstigen wenden.

Deutsches Reich.

** **Der Kronprinz als englischer Regimentschef.** Der deutsche Militärattaché in London Major Renner begab sich gestern früh nach Aldershot, um dem Großbritannischen 11. Husaren-Regiment, dessen Chef der deutsche Kronprinz ist, ein großes Ölgemälde, das den Kronprinzen in der Uniform des Regiments darstellt, zu überreichen.

Die Überreichung fand in der Reitbahn vor dem in Parade aufgestellten Regiment statt. Dabei sagte Major Renner, er sei in Vertretung des Botschafters Fürsten Lichnowsky nach Aldershot gekommen, um das Bild zu überreichen und dem 11. Husarenregiment auszusprechen, wie stolz der Kronprinz darauf sei, Chef eines so ausgezeichneten Regiments zu sein. Oberst Pitman erwiderte, alle Dienstgrade des Regiments fühlten sich durch das Geschenk sehr geehrt und wüßten die Freundschaft des Kronprinzen voll zu würdigen. Oberst Pitman bat Major Renner, dem Kronprinzen den Dank für das Geschenk auszusprechen und ihn der Hochachtung des Regiments zu versichern. Zum Schluß wurden drei Cheers auf den Kronprinzen ausgebracht.

** **Zur Taufe in Braunschweig** hat sich die Herzogin Thyra von Cumberland gestern abend begeben.

** **Der Reichskanzler** wird eine Abordnung der nach Berlin kommenden englischen Arbeiter und Angestellten am 20. d. Mts. empfangen.

England.

* **Die Beteiligung Englands in San Francisco.** Asquith erklärte einer Abordnung, die eine Beschickung der Panama-Ausstellung befürwortete, wie ergänzend gemeldet wird, noch weiterhin, die Entscheidung der Regierung, an der Ausstellung offiziell nicht teilzunehmen, enthalte durchaus keine Kränkung des amerikanischen Volkes. Die Einladung, daß die britische Flotte bei der Eröffnung des Panamakanals vertreten sein möchte, sei viel bedeutender als die Teilnahme an der Ausstellung und werde von der Regierung mit größter Herzlichkeit angenommen.

Stadtverordneten-Sitzung.

hb. **Posen, 7. Mai.**

Den Polen ist nach dem unbestrittenen Erfolge, den sie durch die geschickte Taktik eines Stadtverordneten in der Angelegenheit des Religionsunterrichts in polnischer Sprache gelegentlich der Interpellation in der vorigen Sitzung davongetragen haben, der Kamm stark geschwollen. Sie begnügen sich nicht mehr damit, daß ihnen durch die Resolution in Aussicht gestellt wird, daß in Zukunft möglichst viele polnische Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts herangezogen werden sollen, sondern verlangten gestern kurz und bündig die Aufhebung der Ostern getroffenen Maßnahme der Einschränkung des polnischen Unterrichts. Der Fraktionsredner, Professor von Karwowski führte eine mühsam zusammengestellte Statistik ins Treffen, durch die er den Beweis erbringen wollte, daß an den städtischen Schulen einschließlich der Mittelschulen 76 Lehrkräfte zur Erteilung polnischen Unterrichts vorhanden sind, und daß mithin zu der Einschränkung des Unterrichts kein Anlaß vorlag. Aber der Oberbürgermeister griff mit rauher Hand in die so mühsam aufgestellte Statistik und wies den polnischen Redner darauf, daß die Mittelschulen überhaupt auszuscheiden haben, da an ihnen nach den Bestimmungen für höhere Schulen der polnische Unterricht ausgeschlossen ist. Stadtv. Dr. Szulczewski glaubte, die Angaben des Magistrats in der vorigen Sitzung, nach denen die Maßnahme auf den Mangel an polnischen Lehrkräften zurückzuführen ist, „als schlechten Witz“ bezeichnen zu sollen, zog sich aber dafür eine energische Zurechtweisung durch den Stadtverordnetenvorsteher zu. Stadtverordneter Dr. Kolszewski, derselbe Herr, der die deutschen Stadtverordneten durch die Einbringung der Resolution in der vorigen Sitzung überrumpelte, appellierte, unter Hinweis auf die Stellungnahme der polnischen Fraktion in der Theatersanierungs-Angelegenheit — wie man nur so aus der Schule plaudern kann! — an die Loyalität der deutschen Kollegen und bat um ihre Zustimmung zur Wiederaufhebung der Maßnahme. Er mußte sich dann allerdings vom Oberbürgermeister aus dem Reiche der idealen Träume wieder in die reale Wirklichkeit zurückführen und darüber belehren lassen, daß die ganzen Debatten eigentlich recht wenig Zweck hätten. Denn die Frage sei lediglich eine Angelegenheit der Schulverwaltung, die im Einvernehmen mit der Staatsregierung ihre Maßnahmen treffe, auf die aber die städtischen Körperschaften keinen Einfluß ausüben könnten, höchstens daß sie ihre Wünsche äußern, ob sie Gehör finden, sei eine andere Sache. Er könne keine andere Zusage machen, als daß der Magistrat das vom Professor v. Karwowski vorgetragene Material prüfen werde.

Im übrigen wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt. Zunächst nahm die Versammlung mit Dank das Legat des verstorbenen Kommerzienrats Auerbach in Berlin in Höhe von 5000 Mark an. Ferner genehmigte man den Antrag, nach dem die vier Parsifalaufführungen Ende dieses Monats außerhalb des Theatervertrages veranstaltet werden sollen; die Unkosten beziffern sich auf 22000 M. Dem Antrage auf **Stromlieferung in die Umgegend von Owinsk** stimmte man zu und bewilligte den dafür erforderlichen Kostenaufwand von 25000 M. Recht lebhaft bedauert wurde von der Versammlung, daß das Gerücht sich leider bestätigt, nach dem von den vielen Millionen Unkosten verursachenden militärischen Bauten der nächsten Zeit nicht ein einziger einem hiesigen Unternehmer zugeschlagen worden ist. Der Magistrat wurde beauftragt, bei den zuständigen Stellen dahin vorstellig zu werden, daß nun wenigstens Posener Firmen bei der Materiallieferung berücksichtigt und ebenso daß einheimische Arbeiter bei den Bauten vornehmlich beschäftigt würden. Zu der Errichtung der Krankenküche auf dem Teichplatz als Stiftung des Schwiegersohnes und des Sohnes der Frau Medizinalrat Dr. Mankiewicz gab die Versammlung mit herzlichem Danke ihre Zustimmung. Ebenso stimmte man der Bewilligung von 200000 Mark für den Neubau der Luisenstiftung auf dem Livoniusplatze zu, deren Leistung der Fiskus als Vorbedingung für die Errichtung der neuen Realschule fordert, die dann ausgangs dieses Jahrzehnts in den jetzigen Räumen der Luisenstiftung untergebracht werden soll.

Zu einer längeren Erörterung gab die Frage der Errichtung einer Wartehalle auf dem Alten Markte Anlaß; die Angelegenheit wurde schließlich vertagt, um erst durch die Aufstellung von Kulissen sich davon zu überzeugen, ob die von vielen Seiten geäußerte Befürchtung einer Schädigung der in der hinter der geplanten Halle untergebrachten Geschäfte begründet sei.

Schließlich gab eine Interpellation in der Angelegenheit der Versicherungspflicht der Bedienungsfrauen und Mädchen usw. Anlaß zu ernsten Ausführungen gegen die von der Landesversicherungsanstalt neuerlich getroffenen Maßnahmen.

Die Sitzung nahm im übrigen folgenden Verlauf:

Die Versammlung wurde vom Stadtverordnetenvorsteher, Justizrat **Placzek,** kurz vor 6 Uhr mit unwesentlichen geschäftlichen Mitteilungen eröffnet.

Kleinere Vorlagen.

Darauf wurde in die **Tagesordnung** eingetreten. Zunächst beschäftigte man sich mit **Wahlen.** An Stelle des Gymnasiallehrers Schober, der die Wahl zum Armendeputierten abgelehnt hatte, wurde der Rechtsanwalt Dr. Lesser gewählt. (Referent Stadtv. **Gutsche**).

Darauf wurden mehrere **Wahlen von Armen- und Waisenräten** antragsgemäß vollzogen.

Zur **Annahme des Legats** des Kommerzienrats Hermann Auerbach in Höhe von 5000 M. gab die Versammlung mit Dank ihre Zustimmung.

Zu der **Anstellung** des Militäranwärters Raschke als Bureaudiätar gab die Versammlung ihre Zustimmung. (Berichterst. Stadtv. **Stiebert**).

Der **Erhöhung von Stellenzulagen zweier Bureauvorsteher,** die länger als 25 Jahre in städtischen Diensten stehen, wurde nach dem Antrage des Stadtv. **Busse** zugestimmt.

Über die geplanten

„Parsifal“-Aufführungen im Stadttheater

berichtete Stadtv. **Kirschner.** Beantragt wird, daß die Vorstellung, für die hinreichende Garantien aus dem Kreise des Publikums übernommen sind, außerhalb des Theatervertrages stattfinden sollen. Es sollen zu den ursprünglich geplanten beiden Vorstellungen, zu denen der Andrang schon recht rege ist, noch zwei hinzukommen. Die Ausgaben für alle vier Vorstellungen sind auf 22000 M. veranschlagt.

Die **Versammlung** gab widerspruchslos **ihre Zustimmung.**

Der folgende Punkt betraf die

Stromlieferung in die Gegend von Owinsk

über die Stadtv. **Oelsner** berichtete. Es handelt sich um Stromlieferung für Betonarbeiten bei Fortanlagen in der dortigen Gegend. Der Abnehmer verpflichtet sich, jährlich mindestens 300000 Kilowattstunden abzunehmen. Der Stadt erwachse daraus 25000 M. Unkosten.

Stadtv. **Uhl** hat Bedenken gegen den Vertrag, umsomehr als durch den Ausbau jenes Kabels das elektrische Licht in der Stadt sich verschlechtert habe.

Stadtv. **Gutsche** meint, die Stadt habe allen Anlaß, dem Vertrage zuzustimmen. Die Anlage erfordere eine bedeutende jährliche Zubuße, deshalb müsse die Rentabilität dieser Leitung gesteigert werden.

Direktor **Thurow** erwidert, es handle sich bei der Anlage nicht um Gleichstrom, sondern um Drehstrom. Am Donnerstag werde eine Versammlung mit den Interessenten vom Cybinatal stattfinden, in der die Stromabnehmer festgestellt werden sollen. Mit den Landräten der verschiedenen Kreise seien Verhandlungen wegen der Stromabnahme angeknüpft worden.

Stadtv. **Uhl** erklärt sich durch die Ausführungen des Vorredners nicht befriedigt. Er wünsche eine Auskunft darüber, ob die Stromstärke in der Stadt dadurch verschlechtert werde.

Oberbürgermeister **Dr. Wilms:** Aus den Erklärungen des Direktors Thurow gehe deutlich hervor, daß die schlechtere Stromstärke in der Stadt, die für einzelne Straßen nicht zu bestreiten sei, mit der Vorlage in keinem Zusammenhange stehe.

Stadtv. **Braun** bittet aus diesen Gründen um die Annahme der Vorlage, ebenso Stadtv. **Hoffmann.**

Die **Vorlage** wurde **angenommen.**

Interpellation wegen Nichtberücksichtigung Posener Unternehmer bei den militärischen Bauten.

Stadtv. **Busse** fragt an, ob es dem Magistrat bekannt ist, daß die Fortsbauten im Umkreise der Stadt lediglich an auswärtige Unternehmer, ohne Berücksichtigung der Posener, vergeben worden sind, und was der Magistrat dagegen zu tun gedenke.

Oberbürgermeister **Dr. Wilms:** Die Sache scheine leider richtig zu sein. Er müsse deshalb an dieser Stelle dringend an die Heeresverwaltung die Bitte richten, daß, da sich an der Sache selbst nichts mehr ändern lasse, dann wenigstens bei den Materiallieferungen Posener Firmen berücksichtigt werden sollen. Wir sind gern bereit, sowohl in Posen als auch in Berlin in diesem Sinne bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden.

Stadtv. **Kernchen:** Die Forts sind noch nicht alle vergeben, vielleicht kann der Magistrat in dem Sinne vorstellig werden, daß zur **Offertenabgabe auch noch Posener Firmen** aufgefordert werden.

Stadtv. **Simon** stimmt diesen Ausführungen zu. Bedenklich scheine ihm auch, daß so viele italienische Arbeiter bei den Bauten Beschäftigung finden sollen. Es empfehle sich doch, Posener Arbeiter besonders bei diesen umfangreichen Arbeiten zu berücksichtigen.

Stadtv. **Stiebert** tritt dieser Ansicht bei.

Die **Versammlung stimmte** hierauf dem **Antrage des Interpellanten zu,** daß der Magistrat im angeregten Sinne bei den zuständigen Stellen vorstellig werden sollte.

Die Kosten für die **Beschickung des Deutschen Städtetages in Köln** mit 4 Vertretern, Berichterstatter Stadtv. **Tauber,** wurden in Höhe von 960 M. bewilligt. Zu Vertretern der Versammlung wurden der Stadtverordnetenvorsteher, Justizrat Placzek, und dessen Stellvertreter, Rechnungsdirektor Busse, gewählt.

Für die Auswechslung der beiden Heizkessel im Stadthause wurden 8000 M. bewilligt.

Errichtung einer Krankenküche als Stiftung.

Über den Bau eines eigenen Heims für die Krankenküche am Teichplatz, das als Stiftung von dem Schwiegersohn und dem Sohne der Frau Medizinalrat Dr. Mankiewicz errichtet werden soll, berichtete Stadtv. **Kirschner.** Wir haben über das Projekt bereits ausführlich berichtet. Die Krankenküche hat im verflossenen Jahre über 41 000 Krankenportionen verteilt. Das neue Haus soll in sehr schönem Material ausgeführt werden und soll an Stelle der jetzt unzulänglichen Räume bequeme und hinreichende Räume bieten. Die Baukosten in Höhe von 46 700 M. werden ebenso wie die innere Ausstattung von den Stiftern getragen. Die Leistungen der Stadt Posen steigern sich von 1500 Mark auf etwas über 3000 M. Die Stadt Posen ist unter allen deutschen Städten die erste gewesen, die eine Krankenküche errichtet hat. Der Magistrat beantragte die Annahme der Stiftung mit Worten des Dankes an die hochherzigen Stifter.

Die **Vorlage** wurde einstimmig **angenommen.**

Stadtv. **Kirschner:** Durch die Ausführung des Planes wird die Umgestaltung der Anlagen am Teichplatze mit einem Kostenaufwande von 700 M. erforderlich.

Die **700 M.** wurden ebenfalls widerspruchslos **bewilligt.**

Verlegung der Luisenschule und Errichtung einer neuen Realschule.

Über diese Vorlage berichtete Stadtv. **Gutsche.** Er empfahl die Annahme des folgenden mit dem preußischen Fiskus abzuschließenden Vertrages:

Zwischen dem Königliche Preußischen Fiskus, vertreten durch das Königliche Provinzial-Schulkollegium zu Posen, vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten und der Stadtgemeinde Posen, vertreten durch den Magistrat, wird folgender Vertrag abgeschlossen: Die Königlich Preußische Unterrichtsverwaltung beabsichtigt auf dem Stadterweiterungsgelände, und zwar auf einem ungefähr 8200 Quadratmeter großen Teil des Livoniusplatzes einen Neubau für die Luisenstiftung (Lyzeum, Oberlyzeum und Studienanstalt) aufzuführen und alsbald nach seiner Fertigstellung, die tunlichst bis zum 1. April 1919 erfolgen soll, in den bisherigen Räumen der Luisenstiftung an der Mühlenstraße eine neue reale Bildungsanstalt für Knaben einzurichten und zu unterhalten.

Die Stadtgemeinde Posen verpflichtet sich mit Rücksicht auf die Einrichtung einer neuen staatlichen realen Bildungsanstalt für Knaben an den Preußischen Fiskus für den Neubau der Luisenschule die Summe von 200 000 Mark längstens in fünf Jahresraten zu zahlen. Die erste Rate ist binnen vier Wochen nach erfolgter Anzeige von dem Baubeginn fällig, die weiteren Raten je ein Jahr später. Die gestundeten Raten sind mit 4 Prozent zu verzinsen, die Zinsen sind jedesmal mit der fälligen Rate zahlbar.

Gegen die Errichtung einer sechsstufigen realen Bildungsanstalt haben sich, wie der Berichterstatter ausführte, im Finanzausschusse Bedenken erhoben; man hat aber noch keine bestimmte Zusage für eine neunstufige Realschule erhalten können. In Aussicht gestellt wurde vielmehr nur vom Provinzial-Schulkollegium, daß die sechsstufige Anstalt nicht als Abschluß angesehen, sondern eine neunstufige in Aussicht genommen werden soll. Ferner ist erforderlichenfalls eine Gabelung des Unterrichts in der Untertertia geplant. Nach den vielfachen Verhandlungen, die gepflogen worden sind, werde es sich empfehlen, dem Projekt zuzustimmen und die Vorlage anzunehmen.

Dem Vertage wurde zugestimmt.

Wieder eine Poleninterpellation wegen des Religionsunterrichts.

Stadtv. **von Karwowski:** In der letzten Sitzung hat man den Beschluß gefaßt, in Zukunft möglichst viele polnische Kräfte zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichts in Zukunft heranzuziehen. Wie soll es nun aber in der Gegenwart sein? Er habe eine Statistik aufgestellt, aus der hervorgeht, daß in den Mittelschulen hinreichende Lehrkräfte zur Erteilung des Unterrichts in polnischer Sprache vorhanden sind. Nach der Verfügung des Ministers ist gestattet worden, den Unterricht im zweiten Jahre deutsch zu erteilen. Wie kommt es, daß der Unterricht auch im ersten Schuljahre deutsch erteilt wird. Der Redner glaubt dann auf Grund der Statistik feststellen zu können, daß auch an den Volksschulen hinreichende Lehrkräfte zur Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache vorhanden sind. Es gibt im ganzen 72 Lehrkräfte, die der polnischen Sprache mächtig sind, hierzu kommen noch vier Lehrkräfte in den Hilfsschulen. Daraus erhelle, daß genügend Lehrkräfte zur Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache vorhanden sind. Er stelle im Namen der polnischen Fraktion den Antrag, den polnischen Unterricht dort wieder zu erteilen, wo es vor Ostern der Fall war. Verneinendenfalls werde man sich an die Staatsregierung und an das Parlament wenden.

Oberbürgermeister **Dr. Wilms:** Die Mittelschulen scheiden aus, da in diesen der Unterricht nicht in polnischer Sprache erteilt werden darf. Die Schuldeputation steht auf dem Standpunkte, daß der einzelne Lehrer nicht mehr als in zwei Abteilungen Religionsunterricht erteilen darf. Im übrigen werde das vom Vorredner vorgelegte Material geprüft werden.

Stadtv. **Dr. Szulczewski** erklärt, daß in der vorigen Sitzung festgestellt worden sei, daß wegen nicht hinreichender Anzahl von polnischen Lehrkräften der polnische Religionsunterricht eingeschränkt worden ist. Er erkläre, daß sich seit der vorigen Sitzung etwa 100 polnische Lehrkräfte zur Erteilung des Unterrichts gemeldet haben. Angesichts dieser Tatsache sei die Erklärung des Magistrats in der vorigen Sitzung „nur als schlechter Witz" aufzufassen.

Stadtverordnetenvorsteher **Placzek** (den Redner unterbrechend): „Ich muß Sie dringend bitten, derartige Äußerungen zu unterlassen, zu denen gar kein Anlaß vorliegt. Andernfalls müßte ich Sie zur Ordnung rufen." (Zustimmung auf deutscher Seite.)

Stadtv. **Dr. Kolszewski** bittet, aus Gründen der Loyalität, im Hinblick auf die Stellung, die die polnische Fraktion in der Theatersanierungsfrage eingenommen hat, nun auch einem Antrage zuzustimmen, nach dem die Einschränkung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache wieder aufgehoben wird.

Oberbürgermeister **Dr. Wilms:** Die ganze Frage ist eine Angelegenheit der Schulverwaltung, die sich mit der Staatsregierung ins Einvernehmen zu setzen hat. Sache des Magistrats könne es nicht sein, hier einzugreifen. Er müsse es auch ablehnen, hinsichtlich der Mittelschulen irgendwie einzugreifen, die den Allgemeinen Bestimmungen für die höheren Schulen unterworfen sind. Mehr als eine Prüfung des Materials hinsichtlich der Volksschulen könne er nicht zusagen.

Über die Errichtung einer Wartehalle auf dem Alten Markt

berichtete Stadtv. **Uhl.** Die Frage der Errichtung einer Wartehalle auf dem Alten Markt hat den Magistrat schon seit langer Zeit beschäftigt, und die Straßenbahn hat auch die Verpflichtung übernommen, auf dem Alten Markt eine Wartehalle zu erbauen. Schon Stadtrat Teubner hat hierüber verschiedene Versuche gemacht, u. a. auch einen, der die Wartehalle in unmittelbare Verbindung mit dem Nepomukdenkmal brachte. Zweifelsohne ist es richtig, daß gerade der Platz um den Nepomuk herum der geeignetste für die Errichtung einer Wartehalle ist, wenn man die Verkehrsverhältnisse berücksichtigt. Die Wagen der Straßenbahn halten zu beiden Seiten des Denkmals, und auch die Bürgerschaft wartet dort auf die herannahenden Straßenbahnwagen, wie man täglich beobachten kann. Es ist nun im vorliegenden Projekt unter Berücksichtigung der Platzfrage die Lösung gefunden, daß zu beiden Seiten des Nepomuks zwei gleich große etwa 15 Quadratmeter Fläche einnehmende Warteräume errichtet werden, die durch eine offene Säulenstellung in Verbindung stehen, so daß das Ganze eine einheitliche architektonische Gruppe bildet, ohne den Verkehr zu beeinträchtigen. Die Wartehallen sind aus echtem Material gedacht mit Kupferabdeckung versehen. Zwei dekorative Kupfervasen betonen die beiden Hallenabschlüsse. Der östliche Warteraum ist unterkellert und enthält den für die Zwecke der Straßenbahn nötigen Sand- und Schaltraum. Die Kosten belaufen sich nach dem Anschlage in echtem Material auf 7000 Mark. Hierzu kommen noch 900 Mark Straßenregulierungskosten. Der Aufsichtsrat der Posener Straßenbahngesellschaft hat sich mit der Errichtung der Wartehalle einverstanden erklärt und sich verpflichtet, eine Summe bis zu 7000 Mark zur Errichtung der Halle zur Verfügung zu stellen. Seitens des Königlichen Polizeipräsidiums würden Einwendungen nicht erhoben werden. Auch die Kunstkommission hat das Projekt mit einigen unwesentlichen Umänderungen angenommen.

Die Vorlage ist im Finanzausschuß eingehend geprüft worden. Eine gegen die Vorlage gerichtete Eingabe des Kaufmanns Luczak ist geprüft worden, hat aber bei der Mehrzahl keine Zustimmung gefunden.

Stadtv. **Dr. Kolszewski** bittet um die Ablehnung der Vorlage, durch die die beiden Hausbesitzer zweifellos geschädigt werden. Außerdem werde der Eingang zur Kränzelgasse beschränkt. Er regt die Verlegung der Halle etwa 15 Meter nach der Neuen Straße hin an.

Stadtv. **Kirschner** (namens des Rechtsausschusses): Entschädigungsansprüche können im Gegensatz zur Ansicht des Vorredners von den beiden Hausbesitzern nicht gestellt werden, denn kein Einwohner habe das Recht, gegen die Errichtung einer solchen öffentlichen Halle Einspruch zu erheben. Er bitte dringend um Annahme der Vorlage, die einem langjährigen Wunsche der Bevölkerung entspricht.

Stadtv. **Asch** hält eine Schädigung der beiden Hausbesitzer für ein großes Unrecht, wenn man auch das Recht für sich hat. Wenn jetzt der eine Hausbesitzer große moderne Läden mit großen Kosten hergerichtet hat, so muß er verlangen können, daß sie auch gesehen werden. Er halte auch eine Beeinträchtigung des alten Stadtteils am Alten Markt nicht für richtig, und bitte deshalb, die Vorlage abzulehnen.

Stadtrat **Dr. Houtermann** ist nicht der Ansicht, daß den beiden Hausbesitzern ein schweres Unrecht geschieht. Man mag eine solche Halle hinsetzen, wohin man will, Einspruch wird immer dagegen erhoben werden. Eine gewisse Schädigung der Hausbesitzer muß allerdings zugegeben werden, sie muß aber im Interesse der Allgemeinheit getragen werden. Die Notwendigkeit der Errichtung einer solchen Halle steht außer jedem Zweifel.

Stadtv. **Jaffé** hat einen anderen Eindruck, als der Stadtv. Dr. Kolszewski; die Situation werde sich gegen den jetzigen Zustand nicht verschlechtern.

Stadtv **Hoese** empfiehlt die Aufstellung einer provisorischen Halle zur Prüfung der Frage, ob eine Schädigung der Geschäfte damit verknüpft ist.

Stadtv. **Gutsche:** über die Notwendigkeit der Errichtung der Halle sei kaum zu streiten; im übrigen tritt er dem Antrage des Vorredners bei.

Stadtv. **Hoffmann:** Der Magistratsdezernent hat zugegeben, daß eine Schädigung der Hausbesitzer damit verknüpft ist. Er empfehle, 20 bis 30 Meter weiterzugehen und dort die Halle zu errichten.

Stadtv. **Laschke:** Es ist von allen Seiten zugegeben, daß eine Schädigung der Hausbesitzer stattfindet. Wir sind nicht in der Lage, kommunalen Staatssozialismus zu treiben. (Zurufe.) Wenn man eine Halle erbauen wolle, so möge man sie an der Theaterbrücke errichten wo sie notwendig ist.

Stadtv. **Kernchen** ist gleichfalls gegen die Errichtung der Halle an der geplanten Stelle.

Der Vertagungsantrag Hoese auf Errichtung einer Kulisse wurde angenommen.

Interpellation über die Versicherungspflicht der Aufwärterinnen.

Stadtv. **Glaser:** Ist es dem Magistrat bekannt, daß die Landesversicherungsanstalt jetzt nur noch bei solchen weiblichen Personen Versicherungspflicht annimmt, die monatlich mindestens 15 M. (bei Personen unter 21 Jahren) und 18 M. (bei Personen über 21 Jahren) verdienen? Ist es dem Magistrat ferner bekannt, daß die Landesversicherungsanstalt diesen Sätzen sogar rückwirkende Kraft verleiht und deswegen die Karten von solchen Bedienungsfrauen, Haushälterinnen usw. einziehen läßt, die die genannten Löhne nicht erreichen? Ich bitte, hierüber Ermittlungen anzustellen und gegebenenfalls mit allen Mitteln gegen die Maßnahme der Landesversicherungsanstalt vorzugehen. Eine große Anzahl der in Betracht kommenden Frauen ist nämlich über 40 Jahre alt und deshalb zur Selbstversicherung nicht berechtigt. Diejenigen aber, die zur Selbstversicherung berechtigt sind, müßten 10 volle Karten kleben, ehe sie die Antwartschaft haben. Es ist bekannt, daß die hier in Frage kommenden Personen von der Selbstversicherung so gut wie gar nicht Gebrauch machen. Die Maßnahmen der Landesversicherungsanstalt sind von einschneidender Bedeutung für die Stadt. Anstatt daß solche Personen nämlich später Invalidenrente erhalten, müssen sie Armenunterstützung bekommen. Da es sich um Tausende von Personen handelt, wäre der Schaden für die Stadt unermeßlich. Bis 1. Januar 1910 betrug der Ortslohn für die in Frage kommenden Personen 1,40 M., dann bis 1. Januar 1914: 1,60 M., seit dem 1. Januar 1914 für weibliche Personen unter 21 Jahren 1,70 M., und über 21 Jahren 2 M. Früher wurde Versicherungspflicht angenommen, sogar bei 6 M. monatlichem Lohn. Würde man also den Ortslohn zur Grundlage nehmen, dann müßte jetzt schon bei einem Lohn von kaum 9 M. Versicherungspflicht vorliegen. Zur Beurteilung der Frage, ob Versicherungspflicht vorliegt, ist aber weniger der Ortslohn maßgeben. Entscheidend ist, ob der verdiente Lohn ein geringfügiger ist oder nicht. Ein Lohn von monatlich, wir wollen sagen, 12 M. ist eben für eine solche Frau gewiß kein geringfügiger Lohn mehr; bestreiten doch die meisten derartigen Frauen ihren ganzen Lebensunterhalt sicher mit einem Betrage von 30 M. monatlich. Bei einem Lohn von montlich 10 M. dürfte deshalb die Versicherungspflicht zu bejahen sein.

Assessor **Dr. Theile** weist in seiner Erwiderung auf die rechtliche Grundlage hin, auf die die Landesversicherungsanstalt bei ihrer jetzigen Maßnahme zurückgreift.

Oberbürgermeister **Dr. Wilms** betont die üble Lage, in die die Arbeiterinnen mit den dem üblichen Ortslohn nicht entsprechenden Löhnen durch die Maßnahmen der Landesversicherungsanstalt geraten müßten und die große Belastung des Armenetats, die die nächste Folge dieser Maßnahme werden müsse. Angesichts des Umstandes würden die Arbeitgeber, namentlich die Behörden, die solche Arbeiterinnen beschäftigen, sich die Frage vorlegen müssen, ob sie nicht durch Erhöhung der Löhne um monatlich 3—4 M. den Arbeiterinnen die Versicherungsmöglichkeit erhalten.

Stadtv. Dr. **Kantorowicz:** Die Angaben der Krankenkassen über die Höhe der Löhne entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Er beschäftige bis gegen 100 weibliche Personen, keine einzige erreiche den ortsüblichen Tagelohn von 2 Mark. Der Andrang sei gleichwohl sehr groß. Und wie bei ihm sei es auch in den anderen Fabriken.

Oberbürgermeister **Dr. Wilms** hält eine Zusammenstellung der Löhne für sehr erwünscht. Er bitte um Zusendung des Materials, dann werde er in dem angeregten Sinne bei der Landesversicherungsanstalt vorstellig werden.

Die **Versammlung** erklärte sich hiermit **einverstanden.** Dann wurde die Sitzung gegen 8 Uhr geschlossen.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 7. Mai.

Der Dank des Fürsten Bülow an den Ostmarkenverein.

Auf den von der Provinzial-Vertreter-Versammlung des Deutschen Ostmarkenvereins am 3. d. Mts. abgesandten Glückwunsch an den Fürsten Bülow in Rom zu seinem 65. Geburtstage ist nachstehende Drahtantwort an den Vorsitzenden des Provinzial-Verbandes Major a. D. Rittergutsbesitzer von Bernuth-Kreuzfelde eingegangen:

„Ihnen und dem Provinzial-Verband für freundliches Gedenken und patriotische Begrüßung herzlichen Dank.

Bülow."

× **Die Rettungsmedaille am Bande** ist dem Vorarbeiter Brumme in Lauske, Kreis Schwerin a. W., verliehen worden.

△ **Der Wasserstand der Warthe** betrug hier heute früh + 0,54 Meter, gegen + 0,56 Meter gestern früh.

Sch. **Zerkow,** 6. Mai. Heute nacht ist eine mit Getreide- und Strohvorräten gefüllte große **Schenne** des Rittergutsbesitzers von Czarnetzki in Raszewy Gut **niedergebrannt.** Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist nicht bekannt.

c. **Rogasen,** 6. Mai. Aus Anlaß der Erhöhung der **Stadtverordnetenzahl** von 12 auf 15 fanden heute die **Neuwahlen** statt, in denen für jede der drei Abteilungen ein neuer Stadtverordneter gewählt wurde. **Sämtliche deutschen Kandidaten wurden gewählt,** erfreulicherweise das erste Mal auch in der dritten Abteilung. In dieser wurde Kaufmann Rudolf Petrich mit 199 Stimmen gewählt, gegen den Gutsbesitzer Swietlik (Pole), der 108 Stimmen erhielt. In der zweiten Abteilung erhielt Postmeister Tantau sämtliche 64 abgegebenen Stimmen. In der ersten Abteilung wurde der prakt. Arzt Dr. Schirmer gewählt.

Der Brudermord in Leoben.

Die unselige Tat des Oberleutnants v. Menz in Leoben, über die in der letzten Morgenausgabe berichtet wurde, hat die Stadt in große Aufregung versetzt. Es laufen die verschiedensten Gerüchte über den Grund des Brudermordes um. Am glaubwürdigsten erscheint es, daß Oberleutnant v. Menz ein Liebesverhältnis mit einem Mädchen in Graz hatte, das er auch zu heiraten beabsichtigte. Da er aber nicht im Besitze der Kaution war, wandte er sich an seinen Bruder, den Regimentsarzt Felix v. Menz, der ihn aber abwies. Daraufhin wollte Oberleutnant v. Menz seine Entlassung nehmen, sein Bruder widersetzte sich jedoch diesem Plane und verhinderte, daß das Abschiedsgesuch an zuständiger Stelle vorgelegt wurde. Wahrscheinlich ist Oberleutnant v. Menz über das Verhalten seines Bruders so erbittert gewesen, daß er ihn tötete. Die Mutter der beiden Brüder ist in Leoben eingetroffen. Sie hatte keine Ahnung, daß der eine Sohn der Mörder ihres anderen Sohnes war und war, als sie diese Nachricht erfuhr, völlig niedergeschmettert. Oberleutnant v. Menz befindet sich in dem Unteroffiziersarrest der Landwehrkaserne in Haft. Er ist gefaßt und zeigt keine Reue. Nachmittags wurde er mehrmals verhört.

Über die Tat selbst werden noch folgende Einzelheiten berichtet:

Gegen Mitternacht wurde der 35jährige Regimentsarzt Dr. Felix v. Menz vom 3. Landwehrinfanterieregiment in seiner Wohnung von seinem Bruder, Oberleutnant Friedrich von Menz, erschossen. Der Oberleutnant, der dem Feldkanonen-Regiment Nr. 15 zugeteilt ist, kam nach Mitternacht zu seinem Bruder und schoß auf ihn von rückwärts aus einer Repetierpistole ohne vorherigen Wortwechsel sieben Schüsse ab, von denen zwei trafen. Ein Schuß ging durch den Hals und ein anderer in den Rücken. Der Mörder entfernte sich dann und stellte sich selbst der Polizei. Der verwundete Regimentsarzt eilte sofort in das Zimmer seiner Quartiergeberin und bat sie um einen Revolver. Als sie sich weigerte, bat er die Frau, man möge schonend seine in Graz wohnende Mutter verständigen. Darauf ging er in das Zimmer zurück, nahm seinen Dienstrevolver und schoß sich, um den weiteren Leiden zu entgehen, eine Kugel ins Herz.

Telegramme.

Der Kaiser in Karlsruhe.

Genua, 6. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute abend gegen 11 Uhr nach Karlsruhe abgereist. — Die „Karlsruher Zeitung" bringt zur Ankunft des Kaiserpaares einen Begrüßungsartikel und betont die innigen verwandschaftlichen und freundschaftlichen Gefühle, durch welche die beiden Herrscherhäuser mit einander verbunden sind. Mit aufrichtigen Wünschen werde die Bevölkerung auch die Reise des Kaiserpaares nach Braunschweig begleiten, wo die Taufe des Thronerben, des jüngsten kaiserlichen Enkels stattfindet.

Der Zwist an der Berliner Handelshochschule.

Berlin, 7. Mai. In dem Konflikt mit der Handelshochschule sind die Ältesten der Kaufmannschaft nicht gewillt, auch nur einen Schritt von ihrem Standpunkt abzugehen und den Dozenten wird nichts übrig bleiben, wie verschiedene Morgenblätter meinen, als die Vermittelung der staatlichen Aufsichtsinstanz anzurufen.

Der Wehrbeitrag und die Ausländer in Deutschland.

Frankfurt a. M., 7. Mai. (Privattelegramm.) Die „Frankfurter Ztg." will erfahren haben, daß tatsächlich einige Staaten, nämlich Rußland, Holland, Belgien und Frankreich, in Form von Anfragen Vorstellungen wegen Heranziehung ihrer Staatsangehörigen zum Wehrbeitrage erhoben haben. Es ist zu erwarten, daß diese Vorstellungen ablehnend beantwortet werden.

Feuer in einem Krankenhause.

Paris, 7. Mai. (Privattelegramm.) Im städtischen Krankenhause zu Macon entstand gestern Feuer, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Unter den Kranken entstand eine furchtbare Aufregung. Das ganze 124. Infanterie-Regiment wurde alarmiert, und es gelang, nach mehrstündiger schwerer Arbeit die Kranken in Sicherheit zu bringen. Ein Soldat erlitt schwere Brandwunden, ein anderer durch einen herabstürzenden Balken eine schwere Kopfverletzung. Die gesamten Baulichkeiten wurden von den Flammen vernichtet, und der Schaden ist sehr bedeutend.

Ein Sieg der aufständischen Epiroten.

Athen, 6. Mai. (Agence d'Athènes.) Die Kämpfe im Norden von Argyrokastro dauerten fünf Tage und endeten gestern mit dem **Siege der Aufständischen von Epirus.** Mehrere Dörfer wurden von den Aufständischen besetzt. **Die Verluste der Albanesen waren beträchtlich.** Auch die Epiroten erlitten beträchtliche Verluste.

Tirana (Albanien), 7. Mai. Die **albanischen Truppen wurden bis südlich von Koritza zurückgeschlagen.** In Tirana wurden 10000 Mann mobilisiert und gehen sofort in den Kampf.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berlin, 7. Mai. Wetter: Schön.

Neuyork, 6. Mai. Tendenz: schwach. Canadian Pacificaktien $192\frac{7}{8}$, Baltimore u. Ohio 91, United States Steels Corporation $59\frac{3}{8}$.

Neuyork, 6. Mai. Weizen für Mai 102,25, für Juli $94\frac{5}{8}$, für September $92\frac{3}{8}$.

Köln, 6. Mai. **Rüböl** loko 70.50, für Mai 69,50. — Weiter: Bewölkt, regendrohend.

Hamburg, 6. Mai. nachmittags 2 Uhr. **Getreidemarkt. Weizen** fest. Mecklenburg. und Ostholsteinischer 194—202,00. **Roggen** fest. Mecklenb. u. Altm. neuer 166—171,00. russ. cif. 9 Pud 10/15 Mai-Juni 118,00. **Gerste** stetig. südruss. cif. Mai 110,25. **Hafer** stetig. neuer Holst. u. Mecklenburg. 156—165. **Mais** ruhiger. Amerik. mixed cif. für Mai-Juni —,—. La Plata cif. für Mai-Juni 106,00. **Rüböl** ruhig. verzollt 68.00. **Leinöl** ruhig. loko 53,00, für Juli-August 55,00. — Wetter: Unbeständig.

Hamburg, 6. Mai. nachm. 2,30 Uhr. **Kaffeemarkt. Good** average Santos für Mai 46,25 Gd., für September 47,75 Gd., für Dezember 48.50 Gd., für März 49,00 Gd. Ruhig.

Hamburg, 6. Mai, abends 6 Uhr. **Kaffeemarkt. Good** average Santos für Mai 46.25 Gd., für September 47,75 Gd., für Dezember 48,50 Gd., für März 49,00 Gd. Ruhig.

Ofen-Pest, 6. Mai, vorm. 11 Uhr. (**Getreidemarkt.**) **Weizen** gebessert, für Mai 13.26, für Oktober 12.08. **Roggen** für Oktober 9,76. **Hafer** für Oktober 8,25. **Mais** für Mai 7,23, für Juli 7,36, für August 7,47, Kohlraps für August 15,90. — **Wetter:** Regendrohend.

Antwerpen, 6. Mai. **Petroleum.** Raffiniertes Type weiß, loko 22,50 bz. Br., do. für Mai 22,50 Br., für Juni 22,75 Br., für Juli-August 22.75 Br. Ruhig.

Schmalz für Mai 126,00.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 6. Mai. (Schluß-Kurse.) 3½prozent. Schlesische Pfandbriefe Lit. A. 87,95, 4proz. Poln. Pfandbriefe (5proz. Couponsteuer) 80,50, Bresl. Diskontobank-Akt. —,—. Schles. Bankv.-Aktien 151,75, Archimedes-Aktien 124,00, Bresl. Sprit-Akt.-Ges.-Akt. 430,00, Cellulose-Fabrik Feldmühle-Aktien 154,00, Donnersmarckhütte-Aktien 380.00, Eisenhütte Silesia Akt.-Ges.-Aktien 114,00, Hohenlohe-Werke Akt.-Ges.-Aktien 104,50, Kattowitzer Bergbau-Aktien 209,50, Königs- und Laurahütte-Aktien 140,00, Niederschles. Elektr.- und Kleinbahn-Aktien 145 00, Oberschles. Eisenbahnbedarf-Akt. 81,50, Oberschl. Eisenindustrie-Aktien 60,50. Oberschles. Koksw., Chem. Fabr.-Aktien 214,50, Oberschles. Portland-Zement-Akt. 153,00, Oppelner Zement (Grundmann) Akt. 152,00, Portland-Zement (Giesel) Akt. 152,00, Schlei. Elektr.- und Gas Lit. A. Akt. 190 00, Schles. Elektr.- u. Gas Lit. B. Akt. 187,00, Schles. Leinenindustrie Kramsta Akt. 105,50. Schlei. Zement (Groschowitz) Akt. 158,00. Schles. Zinkhütten-Aktien 370,00, Silesia Verein. chem. Fabrik-Aktien 170,50, Verein Freiburger Uhren-Fabriken 120,00, Zduny Zuckerfabrik-Aktien 148,00, Russische Banknoten 214,85. Schwach.

Frankfurt a. M., 6. Mai, nachm. 2 Uhr 30 Min. 3prozent. Reichsanleihe 77,90, 3proz. Hessische Staatsrente 75,30 4proz. Österr. Goldrente 86,40, 4proz. Österr. einh. Rente konv. in Kronen 82,30, 3proz. Port. unif. Anl. 3. Serie 64 30, 5proz. Rumänier amort. Rt. 03 99.90, 4proz. Russ. konf. Anl. von 1880 86,20, 4proz. Russ. Anl. 02 89,50, 4prozent. Serbische amort. Rente 95 78,90, 4proz. Türk. konv. unif. Anl. 03 —,—, Türk. 400-Francs-Lose ult. 165,00, 4proz. ung. Goldr. 82,20 4proz. Ung. Staatsrente in Kronen 81 30, 5proz. Mex. äußere Anl. 84,50, Berl. Handelsges. ult. 152.00, Darmstädter Bank ult. 117, Deutsche Bank ult. 240⅞, Diskonto-Kommandit ult 188, Dresd. Bank ult. 150,00, Mitteld. Kreditbank 116,50. Nationalb. f. Deutschland 113,20, Österr. Kredit ult. 193 00 Reichsb. —,—, Rhein. Kreditb. 126,70, Schaaffh. Bankverein 109,50. Österr. Ung. Staatsb. ult. 153,25, Österr. Südbahn (Lomb.) ult. 20⅞, Ital. Mittelmeer —,—, Balt.-Ohio ult. 91,25, Anat. E.-B. ult. —,—, Prince Henri ult. 155,00, Adlerw. Klever 335,30, Akkum. Berlin 333.00, Allg. Elektr.-Gesell. per ult. 240⅛, Lahmeyer u. Co. —,—, Schuckert ult. 144,90, Alumin.-Industr.-Aktien 274,20, Bad. Anilin u. Sodafabrik 613,00, Höchster Farbw. 633,50, Holzverkohl.-Industr. Konstanz 303.00, Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Peter 80,00, Kunstf. Frankf. —,—, Bochumer Gußstahl ult. 218,00, Gelsenk. Bergb. 177,75, Harp. Bergb. 175.00, Westeregeln Alkaliwerk 200.60, Phönix-Bergbau ult. 227,25, Laurahütte ult 138,00, Verein deutscher Ölfabr. 172,50, Privatdiskont 2.50, London kurz 20 440, Paris kurz 81,425, Wien kurz 85,000, Hamburger A. P. A. G. 127,50, Norddeutscher Lloyd 111⅜. Behauptet.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 193,00, Diskonto-Kommandit 188. Behauptet.

Frankfurt a. M., 6. Mai. abends. (Abendbörse). (Schluß.) 4proz. Türk. unif. Anl. —,—, Türk. 400-Francs-Lose —,—, Berliner Handelsges. —,—, Darmstädter Bank 117⅜, Deutsche Bank 241,25, Dresdner Bank 150,25, Diskonto-Kommandit 188⅛, Nationalb. für Deutschland —,—, Österr. Kreditanst. 193,00, Österr.-Ung. Staatsb. 153,25, Österr. Südb. (Lomb.) 20⅞, Baltim. Ohio —,—, Hamb. A.-P. A.-G. —,—, Nordd. Lloyd 111⅜, Allg. Elektr.-Ges. —,—, Schuckert 145⅜, Bochumer Gußstahl 220,50, Deutsch-Luxemb. Bergwerk 123⅞, Gelsenkirchener Bergw. 179,25, Harpener Bergb. —,—, Phönix Bergbau 228,50, Laurahütte —,—. Fest.

Höchster Farbwerke 630, Daimler Motoren 396,75.

Nachbörse: Phönix Bergbau 229, Gelsenkirchenr Bergwerk 180.

Berliner Fondsbörse.

Berlin, 6. Mai. Die schwächere Tendenz, die im Laufe der gestrigen Neuyorker Effektenbörse zum Durchbruch gekommen, die Unsicherheit über den Fortbestand des Walzdrahtverbandes, dann aber auch Glattstellungen, die u. a. für einen Berliner Spekulanten vorgenommen wurden, bewirkten, daß bei Feststellung der Anfangsnotierungen wieder einmal die Kursrückgänge in der Überzahl waren. Am Montanaktienmarkt wurden die leitenden Werte weniger in Mitleidenschaft gezogen, dagegen zeigten einige Nebenwerte, wie beispielsweise die Aktien der Rheinischen Stahlwerke, der Aumetz-Friede-Gesellschaft und der Kattowitzer Bergbaugesellschaft größere Kurseinbußen. Von Schiffahrtspapieren litten die Aktien des Lloyds und der Paketfahrt unter den weniger günstigen Ausweisen über das Auswanderungsgeschäft, die Aktien der Hansa im speziellen unter den vorerwähnten Exekutionen. Von Elektrizitätswerten hatten die Aktien der A. E. G. einen Rückhalt an den Auslassungen des Geheimrats Rathenau über die derzeitige Konjunktur der Elektrizitätsindustrie. Eine merkliche Kursabschwächung erfuhren die Aktien der Orenstein- und Koppel-Gesellschaft und die Anteile der Otavi-Minengesellschaft. Die Aktien der Kanadabahn verloren ca. 1 Prozent und um ebensoviel setzten die Aktien der Petersburger Internationalen Handelsbank niedriger ein. Schon bald nach 12 Uhr machte sich eine Befestigung der Gesamthaltung bemerkbar. Eine Meldung, wonach die oberschlesische Kohlenkonvention die Produktionseinschränkung nunmehr, und zwar in Höhe von 20 Prozent zum Beschluß erhoben hat, vermochte selbst die Kursbildung der oberschlesischen Werte nur vorübergehend — die Aktien der Laurahütte verloren zeitweise etwas über 1 Prozent — zu beeinflussen. Gegen 1 Uhr trat eine plötzliche Kurssteigerung in den Aktien der Nationalbank für Deutschland ein, die nach den kürzlich erfolgten Angliederungen Deutsche Bank — Bergisch-Märkische Bank und Disconto-Gesellschaft — Schaaffhausenscher Bankverein das Gerücht auslöste, daß auch die Nationalbank für Deutschland Gegenstand einer großen Bankfusion werde. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß das sogenannte schwimmende Material in den Aktien der Nationalbank für Deutschland zurzeit nur ganz geringfügig ist, und daß schon eine verhältnismäßig kleine Nachfrage genügt, den Kurs der Aktien stärker anziehen zu lassen. In der letzten Börsenstunde verkehrten namentlich die Aktien der Rombacher Hütte in fester Tendenz.

Am Kassaindustrieaktienmarkt war die Tendenz zwar nicht fest, doch im Hinblick auf die schwächere Eröffnung des Ultimomarktes relativ gut behauptet. Die Aktien der „Union“ Fabrik chemischer Produkte setzten ihre Erholung um 6 Prozent fort, desgleichen die Aktien der Mechanischen Weberei Linden. Interesse trat für die Aktien der Maschinenbauanstalt Egestorff hervor im Zusammenhang mit Gerüchten über eine für das Geschäftsjahr 1913/14 zu erwartende Dividendensteigerung. Die Aktien der Ver. Hanfschlauch- und Gummiwerke gewannen 3½ Prozent, da man noch einen ungünstigeren Abschluß befürchtet hatte. Die Aktien von Farbenfabriken waren niedriger, ebenso manche andere der in der letzten Zeit favorisierten Papiere. Es notierten höher: Berliner Kindl-Brauerei Vorz.-Akt. 3, Hoefel Brauerei 4, Egestorff Masch. 4,25, Max Jüdel 4, Kronprinz Metall 3,50, Schimmel Masch. 2,50, Vogtländ. Masch. 2, Ver. Hanfschlauch-Fabr. 3,50, Scholten Stärke 11, Deutsche Gasglühlicht 5, Deutsche Waffenfabrik 1,50, Rauchwaren Walter 3, Troitzsch 3, Lindener Weberei 5, Concordia Bergbau 2,75, Keula 2, Eisenwerk Kraft 2,50, Elektr. Lieferungs-Ges. 2 Prozent. Es notierten niedriger: Julius Berger 2,50, Aluminium-Ind.-Ges. 2,25, Daimler Motoren 4, Dürener Metall 2,50, Grevenbroich Masch. 5, Harburger Eisen 2, C. Lorenz 7, Panzer 2, Riehm Söhne 3,50, Hugo Schneider 2,40, Wissener Metall 5, Bendix 2,75, Hermannmühlen 2, Vogel 4,50, Bemberg Spinnerei 2,25, Braunschweig Jute 2, Rhein. Möbelstoff 2, Badische Anilinfabrik 3, Heinrichshall 3, Höchster Farben 3, Chem. Werke Charlottenburg 2, Greppiner Werke 3, König Wilhelm Pr. 2, Stahlwerk Lindenberg 2, Gebhardt und König 1,50, Gladenbeck 2, Hörter Zement 3,50, Akt.-Ges. f. Bauausführungen 2,90, Hansa 4,20, Naphtha 3,75 Prozent.

Am Geldmarkt lag heute wieder ein großes Wechselangebot vor, das anfangs den Privatdiskont nach oben tendieren ließ. Schließlich fanden aber die Diskonten wieder zu 2⅜ Prozent Unterkunft. Tägliches Geld wurde zu 3 bis 2½ Prozent abgegeben. Die Seehandlung war mit Geldofferten zu den Tagessätzen der Börse im Markt. Der Devisenmarkt zeigte ein vorwiegend festes Aussehen Scheck Paris stellte sich im „freien Verkehr“ auf ca. 81,41 bis 81,43, und Scheck London auf ca. 20,4775 bis 20,4825. Sofortige Auszahlung Petersburg wurde mit ca. 214,575 bis 214,625 (gestern ca. 214,60) umgesetzt. Die offiziellen Notierungen stellten sich für Scheck London auf 20.475 (20,47) und für Scheck Paris wieder auf 81,40. Die Devise Wien ermäßigte sich von 85,05 auf 85,025.

Kurse gegen 3 Uhr. 3proz. Deutsche Reichsanleihe 78,10, 3proz. Buenos —,—, Russische Anleihe von 1902 89,50. Türkenlose —,—, 4½proz. österr. Eisenb.-Anl. v. 1913 —,—, Kommerz- und Diskontobank 108,00, Darmstädter Bank 117.50, Deutsche Bank 240,75, Diskonto 188,01, Dresdner Bank 150,12. Berliner Handelsgesellschaft 152,25, Nationalbank 112,37, Schaaffh. Bankverein 109,75, Kreditaktien —,—, Wiener Bankverein —,—, Asow-Don Kommerzbank-Aktien 222,00, Petersburger Int. Bank 180,75, Russische Bank 150,62, Lübecker —,—, Baltimore 91,37, Kanada 193,50, Pennsylvania —,—, Meridionalbahn 107,25, Mittelmeerbahn —,—. Franzosen —,—, Lombarden —,—, Anatolier 115,75, Orientbahn 198,25, Prince Henry —,—, Schantung-Eisenbahn 138,87. Elektr. Hochbahn —,—, Große Berliner Straßenbahn —,—, Hamburger Paketfahrt 127,62, Hansa 250,37, Nordd. Lloyd 111,50, Hamburg-Südamerikan. 159,62, Dynamit Trust 175,12, South-West 115.25, Aumetz-Friede 153,87, Naphtha-Produktion 400,75, Bochumer 220,12, Oberschlesische Eisenindustrie Caro 61,00, Konsolidation —,—, Deutsch-Luxemburger 123,37, Gelsenkirchen 179,00, Harpener 175,62, Hohenlohe-Werke 105,50, Kattowitz 210,75, Laurahütte 140,00, Oberschles. Eisenbahnbedarf 81,37, Orenstein u. Koppel 169,00, Phönix 228,37, Rheinische Stahlwerke 156,50, Rombacher 153,00, Allg. Elektr. 240,75, Deutsch-Übers. Elektr. 174.00, Gesellschaft für Elektr. Unternehmungen 158,51, Schuckert 145,50, Siemens u. Halske 210,25, Elektr. Licht und Kraft 128,75, Türk. Tabakregie 233,00, Deutsch-Australische Dampferlinie 171.25.

3 Uhr 10 Minuten. Reichsanleihe 78,10, Türkenlose —,—, Deutsche Bank 240,87, Diskonto 188,12, Dresdner 150,12, Handelsgesellschaft 152 25, Schaaffhausen 109,75, Kredit —,—, Azow Don 222,00, Petersburger Internationale 180,87, Baltimore 91,50, Kanada 193,50. Lombarden 20,75, Orient 198,75, Henry —,—, Schantung 138,87, Große Berliner Straßenbahn —,—, Hamburger Paketfahrt 127,50, Hansa 251,00, Nordd. Lloyd 111,50, Deutsch-Australische 171,25, Aumetz 154,00, Bochumer Guß 220,12, Deutsch-Luxemburg 123,50, Gelsenkirchen 179,25, Harpener 176,00, Laurahütte 140.00, Phönix 228,63. Rombach 153,00, Allgemeine Elektr.-Gesellschaft 241,00, Schuckert 145.00, Siemens u. Halske 21,00, Dynamit 175,12, Naphtha 402,00, South West 115,25, Türkische Tabakregie 233,00, Tendenz: Fest.

Deutsche Anleihen.

Reichsschatzscheine p. 1. 8. 14	4	100,25 bz.B.
" p. 1. 4. 15	4	100,40 G.
" p. 1. 5. 16	4	100,10 bz.G.
Pr. Schatz p. 1. 4. 15	4	100,40 G.
" " p. 1. 5. 16	4	100,20 B.
Deutsche Reichsanl.	3½	87,00 B.
	3	78,10 G.
" "	4	—
Pr. konf. St.-Anl.	3½	87,00 B.
	3	78,00 B.
" " "	4	98,90 bz.G.
" " "	4	—
Bad. Staats-Anl.	4	—
Bayr. Staats-Anl.	3½	84.75 G.
Bremer Anleihe	4	96,80 G.
Dt. Pfdbrf.-A. Pos.	4	97,10 G.
Hess. St.-Anl. v. 99	3½	—
Hamb. Staats-Anl.	4	97,90 G.
" amort. 1900	3½	—
Lübecker Anleihe	3½	97,80 G.
Berl. Staats-Oblig.	4	94,25 bz.G.
Ostpr. Pr.-Obl 8—9	4	93,90 B.
Posen Prov.-Anl.	3½	83,60 G.
" "	3½	85,20 B.
Pos. St.-Anl. I—III	4	96,40 G.
" " 1900	4	94,75 bz.G.
Pfandbriefe: Landsch. Zentr.	3½	85,80 G.
" "	3	77,40 B
" neue	3½	84,90 bz.G.
Ostpreußische	3½	87,90 bz.
Pommersche	3	76,50 G.
Posensche alte	4	—
" D.	4	96,00 B.
" E.	4	95,40 G.
"	3½	91,90 bz.G.
" Lit. C.	3½	—
" A.	3	83,00 G.
" B.	3	83,00 G.
" neue	4	94,30 B.
Schl. altdeutsch	4	96,10 G.
" landsch. A	3½	87,80 G.
" landsch.	3	77,90 B.
Westpreuß.	3½	87,30 G.
Rentenbr.: Posensche	3½	86,10 G.
	4	—
Preußische	3½	85,90 bz.
"	4	95,70 bz.G.
Schlesische	4	98,00 G.
Brschw. 20 T.-St.	—	200,50 bz.G.
Köln-Mind.-Prm.	3½	142,50 B.
Hamb. Prm.-Anl.	3	—
Mein. Lose p. St.	—	—
Oldenburg. Lose St.	3	128 50 B.

Hypotheken-Pfandbriefe.

Brl. abgst. Hyp.-Pdb.	4	92,50 bz.G.
"	3½	84,60 G.
" " I u. II	4	93,50 G.
" III/IV unk. 1915	4	93,50 G.
" I unk. 1916	3½	87,50 bz.G.
Deutsche Grundkr. P. I	3¼	—
" " II	3½	125,25 bz.
Grdkr. S. III/IV	3½	101,00 G.
" XVI u. XVIa	4	95,00 G.
" V	3½	85,10 G.
Dt. Hyp.-Pfbr. VII	4	94,75 bz.G.
" VIII	3½	85,10 G.
" XIX	4	95,40 bz.G.
Hamb. unk. 1900	4	94,50 bz.G.
" " 1910	4	95 00 bz.G.
" " 1908	3½	84,00 G.
Meckl. Hyp. 1909	4	93,80 G.
" " 1908	3½	84,10 G
Meininger II, VI, VII	4	94,60 bz.G.
" VIII, IX	4	94,50 bz.G.
" konv.	3½	86,00 bz.G.
" Präm.	4	141,10 G.
Nordd. Grundkr. III	4	93,00 G.
" VII	3½	83.00 G
Pr. Boden 1917	4	94.50 bz.G.
" " 1913	4	94,50 bz.G.
" " 1916	4	94,60 G.
" " 1911	3½	85,80 bz.G.
" Bodkrd.-Pfdbr.	3¾	88,50 G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. v. 1890, 1. 4., 1. 10.	4	94,00 G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1899, unkdb. 1909, 1. 1., 1. 7.	4	94,00 bz.G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1901, unkdb. 1910, 1. 1., 1. 7.	4	94,30 G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1906, unkdb. 1916, 1. 1., 1. 7.	4	93,75 bz.G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1907, unkdb. 1917, 1. 1., 1. 7.	4	—
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1909, unkdb. 1919, 1. 1., 1. 7.	4	94,00 bz.G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. v. 1886/1889, verschieden	3½	84,50 bz.G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. v. 1894/1896, verschieden	3½	84,50 bz.G.
Pr. Zent.-Bod.-Pf. von 1904, unkdb. 1913, 1. 1., 1. 7.	3½	84,50 G.
Pr. Kom.-Obligat. von 1901, unkdb. 1910, 1. 1., 1. 7.	4	95,20 G.
Pr. Kom.-Obligat. v. 1887/1891/1896 1. 4., 1. 10.	3½	85,70 G.
Pr. Kom.-Obligat. von 1908, unkdb. 1917, 1. 1., 1. 7.	4	95,30 bz.G.
Pr. Hypth.-Akt.-Bk.	3,6	—
"	3,2	—
"	2,8	—
" abgst.	4½	119,40 G.
" "	4	92,50 bz.G.
" "	3½	84,30 bz.G.
" 1904 unk. 13	4	93,40 G.
" 1905 " 14	4	93,40 G.
" 1907 " 17	4	94,10 bz.G.
Pr. Pfandbriefbk. IX/X 1909	4	94,10 bz.G.
Pr. Pfdbrfbk. 1911	4	94,60 bz.G.
Pr. Pfdbrfbk. 1905	3½	87,50 G.
Rh.-Westf. Bod.-Cred.-B. Pfdbrf., auslosb., 1—9a	4	93,70 bz.G.
desgl. 1920, 12—12a	4	94,75 bz.G.
" 1922, 13	4	95,50 G.
Schles. Boden alte	4	93,60 bz.G.
" " 1907	3½	85,70 G.
Stettiner Nation. Pfdbr. abgest.	3½	87,00 bz.G.

Ausländ. Staats- usw. Papiere.

Argentinier Anl.	4%	30,00 bz.G.
Bukarester St.-A.	4½	92,25 bz.
Bulg. Hypoth.-Anl	6	—
Chinesische Anl.	4½	90,00 bz.
Chinesische 1896	5	100,00 B.
Griechische Consols	1,2	44 50 bz.G.
Japanische Anleihe	4½	89,30 bz.
Italienische Rente	3½	—
" am. Rente	3½	—
Mexikan. 1899	5	—
Österreichische Gold-Rente	4	—
" Papier-Rente	4½	—
" Silber-Rente	4½	—
" Kronen-Rente	4	—
" 60 er Lose	4	—
" 64 er Lose	—	—
Portug. un. III	3	64,60 bz.G.
Poln. Pfandbriefe	4½	—
Rum. am. Pfbr. alte	5	100,25 bz.G.
1890 er	4	93,80 bz.
1891 er	4	86,50 bz.
Russische Konsols 1880	4	86,20 bz.
" 1890 er	4	—
" 1902 Staatssch.	4	89,70 bz.G.
" Anl. 1905	4½	98,00 bz.G.
" 1864 Lose	5	495,50 bz.
" 1866	5	—
Serb. Rente	4	79.10 bz.
Sofia Stadtanl.	5	94,00 B.
Türk. Anlage A	4	—
" Adm.-Anl.	4	76,75 bz.G.
" 400 Fr.-Lose	—	165,90 bz.
Ungarische Gold-Rente	4	82,20 bz.B.
" Kronen-Rente	4	—
" Staats-R. (97)	3½	71 60 bz.G.
" (Eis.T.) Ak.	3	70,10 G.
" Lose	—	—
Wien. 1898 St.-Anl.	4	85,50 bz.G.
do. Invest.-Anleihe	4	85,50 G.
Macedonier Prior.	3	60,80 bz.G.
Österr. Südb.-Pr.	2,60	51,00 G.
Tehuantepec Nat.	5	—
Gr. Russ. Staatsbahn-Prior.	3	—
Kursk-Kiew	4	85,80 G.
Mosk.-Kiew. Wrsch. unk. 1909	4½	94,10 G.
Mosk.-Rjäsan	4	87,75 G.
" Smolensk	4	85,30 bz.
" Wd.-Rybsk.	4	85,25 bz.
Rjäs.-Kozlow	4	85,10 bz.G.
" Uralsk	4	—
" Uralsk 1897	4	85,30 bz.G.
Rss.-Südost.-Pr.	4	85,10 G.
Rybinsk-Bolog	4	85,10 G.
Transkaukaser Pr	3	—
Warschau-Wien	4	—
Wladikaw. 09	4½	95,00 bz.
" unk 1912.	4½	94,20 bz.G.
" 1913	4½	94 20 bz.G.
St. Louis St. 1931	5	—
" Refund	4	75,60 G.

Eisenbahn-Stammaktien.

Anatolier	5½	—
Baltimore u. Ohio	6	91,00 bz.
Canada-Pacific	10	193,25 bz.
Liegnitz-Rawitscher Stamm-Prior.	4½	—
Österr. Südb.-Akt.	0	20,75 bz.G.
Prince Henribahn	8	154,50 bz.

Ausländ. Eisenb.-Prioritäten.

Kasch.-Odbg. Silber	4	82 50 G.
Kronprinz Salzk.	4	88 60 G.
Anatolier Prior.	4½	90,50 bz.G.

Bank-Aktien.

Berl. Hyp.-Bank	6½	109,70 bz.
" Handelsges.	9½	152,00 bz.
Kom. u. Diskbank.	6	108,00 bz.G.
Danzig. Privatbank	7½	125,50 G.
Darmstädter Bank	6½	117,00 bz.G.
Deutsche Bank	12½	241,10 bz.
Deutsche Effektenbank	6	112,25 G.
Deutsche Hypothekenbank	8	150,50 bz.G.
Diskonto-Kom.	10	188,00 bz.G.
Dresdener Bank	8½	150,00 bz.G.
Hannov. Bank	7½	134,80 G.
Landbank	3	80,00 bz.G.
Magdebg. Bankverein	6½	114.00 bz.G.
Meininger Hyp.	7	140,10 G
Mitteldtsch. Krd.	6½	116,40 bz.
Nationalbk. f. D.	7	112,25 bz.G.
Nordd. Kreditanst.	7	120,80 G.
" Grd.-Kred.	6	113,70 G.
Ostbank für Handel und Gewerbe	7	124,00 bz.G.
Österr. Kred.-A.	10,31	—
Petersb. Disk.	12	176 50 bz.G.
" Internat.	13,6	180,50 bz.G.
Pr. Boden-Kred.	8	151,00 bz.
" Zentral-Bod.	9½	188,00 bz.G.
" Hyp.-Aktienb.	6	113,00 bz.G.
Prß. Pfdbr.-Bank	8	150,90 G.
Reichsbank 3½ %	6,95	135,60 bz.G.
Russ. B. f. a. H.	10	150,30 bz.G.
Sächsische Bank	8	149.25 G.
Schaaffh. Bankv.	5	109,50 bz.G.
Schles. Bodenkr.	8	152,50 G.
Warsch. Diskontv.	12	171 25 bz.G.
Wien. Bankverein	7½	130,00 bz.

Industrie-Aktien u. St.-Pr.

Hugger Brauerei	8½	139,00 G.
Sinner Brauerei	14	239,75 G.
Reichelbräu "	11	219,50 bz.G.
Frankfurter konv.	7	124.60 G.
Adler Portl.-Zmt.	6	108,60 bz.
Allg. Elektr.-Ges. (v. D. Edison-G.)	14	241,00 bz.
Annaburg. Stgt.	7	119,50 G.
Baer u. Stein Metall	30	415.75 bz.G.
Bendix Holzarb.	3½	53,00 bz.G.
Berl.-Anh. Masch.	9	136,00 bz.G.
" Elektr.-Werk	12	170,50 bz.G
" Holz-Kont.	7	86,75 bz.
Bresl. Spritfabr.	21	429.00 bz.G.
M. Schwartzkopff	14	270,00 bz.
Bismarckhütte	0	142,25 bz.G.
Bochumer Bergw.	8	135,75 bz.
" Gußstahl	14	219,10 bz.G.
Bresl. Elektr.	6	102,00 bz.G.
Chem. Werke Byl		—
Consolid. Bergw.	23	310.50 bz.G.
Deutsch. Jut.-Sp.	20	320,25 bz.G.
" Gasglühlicht	25	595,00 bz.G.
" Steing.-Akt.	16	213,50 bz.G.
Deutsch-Luxemburger Bergwerk	11	122,60 bz.G.
Donnersmarckh.	20	380,00 bz.G.
Duxer Porzellan	7	84,75 G.
Egestorff. Salz	11	168,25 G.
Elberfeld. Papierf.	0	—
Elektr. Licht- und Kraftanlagen	7½	129,00 B.
Elektr. Hoch- und Untergrundbahn	6	130,25 bz.G
Flöther A.-G.	14	243,25 bz.G.
Fraust. Zuckerfab.	18	208,50 G.
Friedrichssegen		—
Gelsenk. Bergwerk	10	178.00 bz.
Görlitzer Eisenbh	6	222,75 bz.G.
" Masch. kv	8	67,50 bz.
Gr. Berl. Strßb.	8½	150,75 bz.G.
Ges. f. elektr. Untn.	10	157,90 bz.
Gaggenau Vorz.-Aktien	4	70,25 bz.G.
Hamburg-Amer.	10	127,30 bz.G.
Hallesche Masch.	30	361,00 G.
Hannover. Bau	0	58,90 bz.
Handelsgesellsch. für Grundbesitz	0	153,00 bz.G.
Harb.-Wien Gu.	6	127,50 G.
Hark. Br. konv.	6	100 25 B.
" St.-P. konv.	7	125,50 B.
Harpen. Bergw.	9	175,10 bz.
Harz. Wk. Akt.-B.	0	22,75 G.
Herbrand. Wgg.	9	153,00 B.
Höchst. Farbwerke	30	630,10 bz.
Hotel-Betr.-Ges.	10	145,00 bz.G.
" " Vzg.	5	103,50 bz.G.
Howaldtswerke		—
Hibernia Bergw.		—
Hofm. Waggon		—
Köhlmann Stärkf.	20	384,00 bz.
Köln. Bergwerk		—
Körting Gebr.	8	125,00 bz.G.
Kg. Wilh. Bg. kv.	18	230,00 bz.G.
Kgl. Laurahütte	6	139,50 bz.G.
Leopoldsh. chem.	4	88,75 bz.G.
" 5% St.-Pr.	5	109.75 G.
Löwe u. Co.	18	313,00 bz.G.
Magdeb. Bergw.	37	—
München Brauh.	7	110,75 G.
Niederl. Kohlen	12	216,00 bz.G.
Nordd. Lloyd	7	111,20 bz.
Obschl. Eis.-Bed.	6	81,00 bz.
" Eis.-Ind.	3	61.00 bz.G.
Ob. Kokswerke	15	215,10 bz.G.
Ob. Prtl.-Zem.	8	152,00 bz.G.
Orenst u. Koppel	14	169,00 bz.G.
Omn.-Gesellsch.		—
Oppelner Zement	10	152,00 bz.B.
Paukſch Masch.	0	—
Passage konv.	9	131,75 bz.
Phönix Bergw.-A.	18	227,50 bz.B.
Bank für Sprit	23	437.50 bz.G.
Chem Fabr Milch	15	256,50 B.
Pos Straßenbahn	9½	169,25 bz.
Rütgerswerke	12½	189,00 bz.
Schering Chem.-F.	13	231,90 bz.
Schles Zinkhütte	20	—
" Leinen Kr	4	105.00 G.
Siem. u. Halske	12	211,90 bz.
Staßfr. chem.	9	144,00 bz.G.
Stett. Chamott.	12	139,75 bz.G.
" Vulkan	6	126,50 G.
Stöwer Nähm.	13	134,50 bz.G.
Stolb. Zinkakt.	10	121,25 bz.G.
Thiederhall	4	62,50 bz.G.
Ver. D. Nickelw.	18	293,40 bz.G.
Westf Drahtw.	9½	166,75 G.
Union chemische	20	194,00 bz.G.
Zuckerf. Kruschwitz	22	236,00 G.

Obligationen.

Allg. Dtsch. Kleinb.	3	75,20 bz.B.
Boch. Gels. r. 102	4½	99,25 bz.
Gr. Berliner r. 100	4½	101,80 G.
Krupp. Obligat.	4	98,10 G.
Landbank rz. 103	4½	94,00 G.
Siem. u. Halske	4	94,75 bz.G.
Ob. Eisenind. 4%	4	86,90 G.
Zool. Gart. rz. 100	4	95,00 bz.

Gold, Silber u. Banknoten.

Sovereigns p. Stück	20,45 bz.
20 Francs " "	—
Dollars " "	—
Engl. Banknot. p. 1 L.	20.45 bz.
Franz. " p. 100 Fr	81,35 bz.B.
Österr. " p. 100 Kr.	85,10 bz.
Russ. Bank. p. 100 R.	214,90 bz.
" Zoll-Coup. R. p. 100	—

Bankdiskont.

Berlin 4. (Lombard 5.) Amsterdam 3½. Brüssel 4. London 3. Paris 3½. Petersburg 5½. Wien 4.

Leitung: **E. Ginschel.** Verantwortlich: für den politischen Teil und die polnischen Nachrichten: **Paul Schmidt;** für das Feuilleton, den Handelsteil und den allgemeinen unpolitischen Teil: **Karl Peeck;** für die Lokal- und Provinzialzeitung: **R. Herbrechtsmeyer;** für den Anzeigenteil: **E. Schrän.** Rotationsdruck und Verlag der Ostd. Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.-G. Sämtliche in Posen.